



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 06.12.2021

Niederschrift

über die **9. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.11.2021, 16:38 Uhr bis 18:02 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Bernd Petelkau	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Mike Homann	SPD
Herr Christian Joisten	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Michael Hock	Die FRAKTION

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Manuel Jeschka	Volt	Vertreter von Jennifer Glashagen
Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD	Vertreterin von Lisa Steinmann
Frau Ira Sommer	CDU	Vertreterin von Niklas Kienitz

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Herr Beigeordneter Ascan Egerer
Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger
Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau
Herr Beigeordneter Markus Greitemann
Herr Beigeordneter William Wolfgramm
Frau Alessandra Caroli
Frau Bettina Mötting
Herr Alexander Vogel

GPR

Herr Jörg Dicken

Gäste

Herr Philipp Busch	AfD	Zu TOP 4.1 für die AfD-Fraktion in der Bezirksvertretung Chorweiler
--------------------	-----	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Lisa Steinmann	SPD	Vertreten durch Elfi Scho-Antwerpes
Herr Niklas Kienitz	CDU	Vertreten durch Ira Sommer
Frau Jennifer Glashagen	Volt	Vertreten durch Manuel Jeschka

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
---------------------------	----------

Verwaltung

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker
Herr Beigeordneter Stefan Charles

Frau Martin eröffnet in Vertretung der Oberbürgermeisterin die 9. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es gibt folgende Zusetzungen:

I. Öffentlicher Teil

- 5.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln
3618/2021
- 6.1 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021

II. Nichtöffentlicher Teil

- 11.1 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Integration der HTAG in die HGK Dry Shipping und die NESKA
3936/2021
- 12.2 Personalangelegenheit
3894/2021

II. Es liegen **zwei Dringlichkeitsanträge** vor:

- **Dringlichkeitsantrag der**
AfD-Fraktion betreffend „Dringende Rechtssicherheit in der BV 6 herstellen“
AN/2354/2021

Frau Martin lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter **TOP 4.1** behandelt.

- **Dringlichkeitsantrag der**
Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend „Konsequent gegen das Virus“
AN/2404/2021

Frau Martin lässt über die **Aufnahme in die Tagesordnung abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig zugestimmt.

Der Antrag wird unter **TOP 4.2** behandelt.

Der Hauptausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde**
- 2 Mitteilungen**
 - 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
 - 2.1.1 Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“
3414/2021
 - 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen
- 3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
- 4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)**
 - 4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Dringende Rechtssicherheit in der BV 6 herstellen"
AN/2354/2021
 - 4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend "Konsequent gegen das Virus"
AN/2404/2021
- 5 Dringlichkeitsentscheidungen**
 - 5.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln
3618/2021
- 6 Allgemeine Vorlagen**
 - 6.1 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

11.1 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Integration der HTAG in die HGK Dry Shipping und die NESKA
3936/2021

12 Personalangelegenheiten

12.1 Personalangelegenheit
3713/2021

12.2 Personalangelegenheit
3894/2021

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

Bericht über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet über die aktuellen Entwicklungen in der Pandemiesituation.

Der Inzidenzwert liege derzeit bei 245,7. Köln liege damit einerseits deutlich über dem Landesdurchschnitt NRW von 167, andererseits weit unter dem Bundesdurchschnitt von 303.

Die Impfquote der Kölner Bevölkerung liege für die Erstimpfung bei 74,19 Prozent und für die Zweitimpfung bei 73,31 Prozent und damit zum einen im Landesdurchschnitt und zum anderen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Impfquoten in den verschiedenen Altersgruppen seien sehr unterschiedlich. Bei Personen über 60 Jahren liege sie bei ca. 90 Prozent, hingegen bei Personen zwischen 12-17 Jahren nur bei ca. 50 Prozent. Allerdings sei auch hier eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten.

Die Situation in den Krankenhäusern sei zurzeit noch beherrschbar, wenn auch eine zunehmende Zahl von Patient*innen auf den Allgemeinstationen zu verzeichnen sei. Es befänden sich mit Stand vom 12.11.2021 186 Patient*innen in den Kölner Krankenhäusern, 52 davon auf Intensivstationen. Die niedrigen Belegungszahlen auf Intensivstationen trotz einer hohen Inzidenz zeigten deutlich die Wirkung der Impfungen.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert den Sachverhalt zum 11.11.2021 in Köln.

In Rücksprache mit dem Land NRW habe man die städtische Allgemeinverfügung erlassen, die unter anderem die verschärfende 2G-Regelung in der Altstadt und im Quartier Latäng enthalten habe, die damit eine strengere Zugangsvoraussetzung als die geltende Coronaschutzverordnung des Landes NRW umfasst habe.

Frau Stadtdirektorin Blome weist darauf hin, dass Kommunen auf Basis der geltenden Rechtslage agieren müssten. Sofern keine allgemeinen Ausgangsbeschränkungen vorlägen, sei eine Absage von nicht ortsgebundenen Anlässen wie Karneval nicht möglich. Um nur schwer kontrollierbare dezentrale Feiern zu verhindern, habe sich die Stadt Köln dazu entschieden, geschützte 2G-Feierzonen einzurichten. Auch im Nachgang sei dieses Vorgehen als richtig anzusehen und das entwickelte Konzept habe grundsätzlich gegriffen. Die erkannten Probleme werde man nun mit allen beteiligten Akteuren aufarbeiten und entsprechend für kommende Anlässe optimieren.

Außerdem erläutert Frau Stadtdirektorin Blome das Vorgehen zu der geplanten 2G-Regelung auf den Kölner Weihnachtsmärkten.

Die Fraktionen und Gruppen stellen ihre Positionen dar.

Auf Nachfrage von Herrn Richter erklärt Frau Stadtdirektorin Blome, dass man derzeit noch daran arbeite, die aufgrund des Lockdowns entstandenen erheblichen Rückstände im Bereich Bürgerservice abzubauen. Die Aufrechterhaltung des Bürgerservice habe höchste Priorität. Jedoch müsse man auch die Regelungen zum Corona-Arbeitsschutz einhalten.

Auf Nachfrage von Herrn Joisten ergänzt Frau Stadtdirektorin Blome zum Verfahren am 11.11.2021 auf der Zülpicher Straße, dass sich auf einem derart großen Straßenabschnitt im öffentlichen Raum eine gleichmäßige Verteilung der Personen nicht steuern lasse.

Herr Kockerbeck fragt nach der Absage des Runden Tisches Karneval im Oktober. Frau Stadtdirektorin Blome teilt mit, dass der Termin abgesagt wurde, da sich im Vergleich zum vorherigen Termin keine Veränderung der Sachlage ergeben habe.

Auf Nachfrage von Herrn Sterck erläutert Frau Stadtdirektorin Blome, dass die Stadt Köln ihre Strategie der mobilen Impfteams in verschiedenen Stadtteilen weiter fortführe und man zudem den Aufbau von festen Außenstellen plane. Um die Impfkapazitäten kurzfristig wieder hochzufahren, stehe man in engem Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung.

Herr Beigeordneter Dr. Rau stellt heraus, dass die Impfung als wirksamste Maßnahme der zentrale Schlüssel in der Pandemiebekämpfung sei und die Stadt Köln daher intensiv an der kurzfristigen Bereitstellung von Boosterimpfungen arbeite.

Herr Cremer fragt nach dem Anteil von Patient*innen aus dem Umland in den Kölner Krankenhäusern und einer Aufschlüsselung in Bezug auf Impfstatus, Alter und Vorerkrankungen.

Herr Beigeordneter Dr. Rau erklärt, dass laut RKI die Hospitalisierungsquote in Deutschland bei ungeimpften Personen zwischen 18 und 60 Jahren 4,4 pro 100.000 Einwohner*innen betrage, hingegen bei vollständig geimpften Personen derselben Altersgruppe nur 0,5. Bei Personen über 60 Jahren sei der Unterschied noch deutlicher. Hier liege die Zahl der ungeimpften Personen bei 13,6 pro 100.000 und bei geimpften Personen bei 2,7.

Die Nachfragen von Herrn Cremer zur Hospitalisierung werden schriftlich beantwortet.

Antwort der Verwaltung zu TOP 2.1 zur Niederschrift:

Zu den Nachfragen von Herrn Cremer teilt die Verwaltung mit: Die angefragten Angaben zur Hospitalisierung werden bei den Krankenhäusern nicht erhoben. Entsprechend liegen sie der Verwaltung nicht vor.

**2.1.1 Modellprojekt „Digitale und Hybride Gremiensitzungen“
3414/2021**

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

4.1 Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Dringende Rechtssicherheit in der BV 6 herstellen" AN/2354/2021

RM Hock führt aus, der Antrag sei so nicht beschlussfähig. Der Sachverhalt sei nicht klar und der Beschlusstext widersprüchlich. So könne der Hauptausschuss nicht beschließen, dass zur rechtssicheren Arbeitsweise der Bezirksvertretung „die Durchführung von geheimen Wahlen durch fehlerhafte und handschriftlich ergänzte Wahlzettel“ gehören.

RM Martin weist darauf hin, dass der Dringlichkeitsantrag nicht als Antrag nach § 44 der Geschäftsordnung bezeichnet sei. Antragsteller sei die AfD-Ratsfraktion. Die Bezirksfraktion in Chorweiler werde im Antrag nicht erwähnt. Der Antrag enthalte außerdem weder eine Begründung noch die Darstellung eines Sachverhalts.

Frau Stadtdirektorin Blome berichtet, dass die Vorkommnisse in der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler von der Verwaltung überprüft wurden. Unter dem zugesetzten Tagesordnungspunkt sei in der Sache kein Beschluss gefasst worden. Das Bürgeramt wurde darauf hingewiesen, dass eine Erweiterung der Tagesordnung während der Sitzung nicht der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen entspricht und die entsprechende Regelung in der Geschäftsordnung künftig zu beachten sei. Es sei unter dem Tagesordnungspunkt jedoch kein Beschluss gefasst worden. Die Wahl der Mitglieder des Kunstbeirats sei rechtmäßig erfolgt. Die Wahlzettel seien nicht zu beanstanden.

RM Busch (Mitglied der Bezirksvertretung Chorweiler) teilt mit, es handle sich um einen Antrag nach § 44 Geschäftsordnung, nach dem der Hauptausschuss versuchen solle zu vermitteln.

- I. Frau Martin schlägt vor, den Antrag gem. § 18 i. V. m. § 17 Abs. 1 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für erledigt zu erklären und lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- II. Der Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion ist somit erledigt.

Hinweis (Beschluss des Hauptausschusses vom 17.10.2022 zu TOP 6.1:

Die Niederschrift der Sitzung der Bezirksvertretung Chorweiler vom 04.11.2021 wurde korrigiert. Zum mündlich eingebrachten Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linke und Lilo Heinrichs zum Thema Kreuzfeld wurde eine Entscheidung in der Sache getroffen; siehe hierzu die Mitteilung 2917/2022.

**4.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. betreffend
"Konsequent gegen das Virus"
AN/2404/2021**

- I. Frau Martin schlägt vor, den Antrag aufgrund der bereits unter TOP 2.1 erfolgten Debatte gem. § 18 i. V. m. § 17 Abs. 1 Buchstabe b) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen für erledigt zu erklären und lässt darüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- II. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke. ist somit erledigt.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

**5.1 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 in Köln
3618/2021**

Auf Nachfrage von Herrn Kockerbeck erläutert Frau Caroli die Dringlichkeit der Vorlage und die Gegenfinanzierung der Veranstaltung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt Köln begrüßt die Möglichkeit, dass die Stadt Köln Ausrichter der 42. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages 2023 werden könnte und erkennt den Bedarf für die Ausrichtung des Deutschen Städtetages 2023 in Höhe von insgesamt 250.000 € an. Er beauftragt die Verwaltung entsprechende Verhandlungen zu führen und die notwendigen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Stimmenthaltung der Fraktion Die Linke. zugestimmt.

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Förderprogramm zur Aktivierung privater Initiative für Gastronomie und Einzelhandel zur Abmilderung Corona bedingter Belastungen; Winterbeleuchtung: Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1501
3873/2021**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Förderung von Gastronomie und Handel in Köln mit dem Ziel, Interessengemeinschaften in den Stadtvierteln einmalig im Jahr 2021 bei der Anschaffung bzw. Erneuerung und dem Betrieb einer attraktiven Winterbeleuchtung zu unterstützen.

Gleichzeitig beschließt der Rat überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von 300.000 € für die Winterbeleuchtung im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, im Haushaltsjahr 2021. Die Deckung erfolgt in gleicher Höhe durch Mehrerträge im Teilergebnisplan 1501, Wirtschaft und Tourismus, in der Teilplanzeile 06, Kostenerstattungen und Umlagen, ebenfalls im Haushaltsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

Muezzin-Ruf

Herr Cremer fragt, ob bei der Stadt Köln weitere Anträge von Moscheen in Köln zu Muezzin-Rufen eingegangen seien und wann mit entsprechenden Entscheidungen zu rechnen sei.

Frau Martin sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7 zur Niederschrift:

Der Verwaltung liegen Stand 29.11.2021 zwei offizielle Anträge von Moscheegemeinden vor. Die Bearbeitungsdauer ist aufgrund des Pilotcharakters des Projektes bisher nicht näher benennbar, da die Bearbeitungsdauer auch in Abhängigkeit der Vollständigkeit der Antragsunterlagen und möglicher nachträglicher Ergänzungen zu sehen ist.

Gez. Christiane Martin
1. Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin